



**Projektland:** Ecuador

**Quartal/Jahr:** Oktober bis Dezember 2010

### **Volkes Stimme soll's richten**

Die Regierung Correa scheint sich auf die Stärken ihres ersten Amtsjahres besinnen zu wollen und sucht ihr Heil erneut im permanenten Wahlkampf: Präsident Correa hat angekündigt, im Jahr 2011 eine Volksbefragung zu verschiedenen politisch bedeutsamen Themen durchführen zu lassen.

**Rafael Correa** ist kein Freund des Dialogs und alles andere als ein glühender Anhänger von Kompromissen und Verhandlungen. Und deshalb ist das amtierende Staatsoberhaupt Ecuadors auch kein großer Fan des Parlaments. Das hat er die Legislative oft genug spüren lassen.

Und weil ihm das Parlament zu langsam arbeitet – und viel zu viel Zeit mit unsinnigen Debatten und Meinungs Austausch verschwendet – hat Correa für das neue Jahr eine „consulta popular“ angekündigt, eine Volksbefragung. Wobei der Begriff „eine“ nicht ganz zutreffend ist. Zwar soll es nur eine consulta, also einen Wahlgang geben, bei dieser Gelegenheit sollen die Bürger aber gleich über mehrere Fragen abstimmen.

Angeblich kursiert ein Katalog mit über 170 möglichen Fragen. Soviele werden es am Ende bestimmt nicht sein, doch Rafael Correa selbst hat schon einmal angedeutet, welche Fragen er sich bei diesem Referendum vorstellen könne. Thematisch geht es dabei quer Beet:

Auf der möglichen Agenda stehen Fragen über die Zukunft des Stierkampfes (viele Anhänger der Regierung sprechen sich für ein Verbot aus), Fragen über eine Reform des öffentlichen Dienstes, Fragen über eine Verschärfung des Strafgesetzbuches (zur Zeit wird heftig über die Ursachen des Anstiegs der Kriminalität gestritten), die komplette Neuordnung des Justizapparates, eine Reform der erst mit der neuen Verfassung geschaffenen „comisiones ciudadanas“, die mit der Organisation und Durchführung der Auswahlverfahren zu diversen Ämtern für die fünfte Gewalt der „Bürgerbeteiligung und sozialen Kontrolle“ geschaffen worden waren, Fragen über restriktivere Gesetze, die es den Banken verbieten sollen, Aktien und Anteile an Unternehmungen zu halten, die nichts mit dem Banken- und dem Finanzsektor zu tun haben sowie auch eine Frage über die Zukunft des ehemaligen Vorzeigeprojektes Yasuní-ITT.

Jedem nur halbwegs politisch Interessierten dürfte auffallen, dass es sich bei den oben genannten einzelnen Abstimmungsprojekten um essentielle politische Fragen mit zum Teil enorm weitreichenden Konsequenzen handelt. Und alles das soll in einem praktischen, natürlich absolut basis- und direkt-demokratischen Aufwasch per Kreuzchen abgehandelt werden.

Bei allen oben genannten Themen wäre eine große politische und gesellschaftliche Debatte von Nöten. Die Regierung verweist natürlich schon wieder stolz und erhobenen Hauptes darauf, man werde sooft es eben nötig sei „direkt mit dem Volk regieren“. Correas Chuzpe geht sogar so weit, dass er offen zugibt, beim Thema der Reform des Justizapparates direkt, als Regierung, Hand anzulegen und Einfluss ausüben zu wollen. Natürlich einzig und allein zum Wohle des Volkes.

Inwieweit die große Mehrheit der Ecuadorianer die Tragweite dieser politischen Entscheidungen wirklich nachvollziehen kann, ist der springende Punkt bei der Angelegenheit. Correa will einmal mehr seine Popularität in die Waagschale werfen und wird die Consulta zu einer Art Volksbefragung über seine Regierung erklären, um sich eine Mehrheit zu sichern. Soweit es geht, wird er versuchen, eine Sachdebatte zu vermeiden. Denn sonst hätte seine Regierung ja versuchen können, die einzelnen Gesetze mit Hilfe des Parlaments durchzubringen.

Doch im Parlament besteht die Gefahr einer langwierigen Debatte für jedes einzelne Gesetzesvorhaben, die sich dann auch in der Öffentlichkeit fortsetzen könnte. Diese Gefahr besteht nicht beim Referendum. Die Zeitspanne bis zum Tag der Wahl wird nicht allzu lang sein, und die Masse an Fragen wird verhindern, dass eine profunde öffentliche Debatte über alle Themen stattfinden kann.

Leider hat Correa (teilweise) gute Argumente an der Hand, wenn er das Parlament umgehen will: Er weiß um die Unpopularität des Parlaments, er weiß, dass viele Abgeordnete tatsächlich nur auf ihr eigenes finanzielles Wohl und ihre Partikularinteressen bedacht sind, statt auf das der Bürger, welche sie repräsentieren sollen, und er weiß auch, dass die Fähigkeit der einzelnen Parlamentsfraktionen, Kompromisse einzugehen und ernsthaft zu verhandeln nur sehr eingeschränkt vorhanden ist.

Nebenbei demütigt Correa mit dieser Consulta einmal mehr das Parlament und führt diesem seine Bedeutungslosigkeit vor. Das Interessante daran ist, dass seine eigene Fraktion, Alianza País (AP), das Parlament eigentlich weitgehend kontrolliert. Zwar verfügt AP nicht über die absolute Mehrheit, doch ist die Opposition so heillos zerstritten, dass aus dem Parlament eigentlich kaum Widerstand zu erwarten wäre.

Es scheint, als wolle Correa auch den widerspenstigen und kritischen Mitgliedern seiner eigenen Fraktion zeigen, dass er sie eigentlich nicht bräuchte.

Bisher ist es zwar nur Spekulation, es könnte aber sein, dass Correa mit diesen Consultas auch schrittweise die komplette Entmachtung des Parlaments vorbereiten will. Ein Vorbild hat er ja: In Venezuela hat sich das Parlament – zunächst auf Zeit – quasi selbst abgeschafft. Und falls sich seine eigenen Truppen im Parlament als zu widerspenstig erweisen, könnte man sich dieser lästigen demokratischen Kontrollinstitution vielleicht irgendwann per Referendum entledigen. Zunächst natürlich nur auf Zeit.

### **Das Regierungsbündnis Alianza País sortiert sich**

Zum ersten Mal seit Gründung der politischen Bewegung Alianza País hat die Organisation so etwas wie einen Parteitag abgehalten. Es standen grundsätzliche Entscheidungen an: Soll AP weiterhin als politische Bewegung fungieren, oder eine politische Partei werden? Ferner wurde die Führung von Alianza País neu bestimmt.

Alianza País ist die mit Abstand bedeutendste politische Kraft in der Nationalversammlung. Auch auf regionaler und kommunaler Ebene lässt sie die größte Oppositionspartei, die Sociedad Patriótica des ehemaligen Putschisten und Staatspräsidenten Lucio Gutierrez, weit hinter sich. Doch eine Schwäche der Bewegung von Präsident Correa war immer ihre mangelnde Organisation. Alianza País war ein loses Bündnis von mehreren Grüppchen und Gruppierungen, die von Sozialisten über Sozialdemokraten, übergelaufenen Christdemokraten, Opportunisten, Stalinisten und Kommunisten bis hin zu Naturschützern reichte. Die Wurzeln von AP liegen in links-alternativen Organisationen und Gruppen der ecuadorianischen Zivilgesellschaft.

Jeder interpretierte in die Bewegung das hinein, was er gerne darin sehen wollte. Ein gemeinsames Programm oder eine durchstrukturierte Organisation gab es im Prinzip nicht. Das hatte nicht nur negative Folgen, sondern bewirkte zunächst einmal, dass sich alles und jeder relativ wohl fühlte in dieser „politischen Heimat“. Problematischer wurde es, als mit den Regierungsjahren die Vertreter diverser Flügel entmachteten wurden (z.B. Alberto Acosta, Fander Falconí oder auch Gustavo Larrea), und andere in einem schwierigen Dauerkampf mit Correas engster Entourage ihre Position innerhalb des Bündnisses hart verteidigen mussten und immer noch müssen (wie zum Beispiel die Gruppierung „ruptura de los 25“ um die Abgeordnete María Paula Romo).

Der „Parteitag“ war rückblickend ein Erfolg für Correa. Er hat seine Kandidaten bei den 4700 Delegierten durchsetzen können und konnte verhindern, dass der „Parteiapparat“ zu einer potentiellen Quelle interner Opposition mutierte.

Die erste Grundsatzentscheidung, bei welcher Correa sich demonstrativ enthielt, betraf die Frage nach der Zukunft von Alianza País: Partei oder Bewegung? Eine klare Mehrheit der Delegierten sprach sich für eine Zukunft als politische Bewegung aus.

Das Machtgefüge innerhalb der Regierung und im Parlament spiegelt sich weitestgehend auch in der neuen Führung von AP wieder: Vorsitzender ist Staatspräsident Correa selbst, und Lenín Moreno vertritt ihn auch im Parteiamt. Beide Ämter sind Ehrenämter und die eigentliche (Geschäfts-)Führung der Bewegung liegt nunmehr in den Händen von Galo Mora. Mora ist ein Vertrauter Correas und wurde auch auf dessen Vorschlag gewählt. Er löst damit Ricardo Patiño ab, den amtierenden Außenminister. Damit ist es Correa gelungen, einen potentiellen Nachfolger in die Schranken zu weisen. Als de-facto Parteichef und Außenminister hätte Patiño eine enorme Machtbasis vorweisen können.

Auch bei der Wahl der 22-köpfigen „directiva nacional“ (einer Art Präsidium) kam es zu keinen Überraschungen. Hier finden sich Namen wie Fernando Cordero (Parlamentspräsident), Irina Cabezas (Vize-Präsidentin des Parlaments), Ricardo Patiño, Augusto Barrera (Bürgermeister von Quito), Diego Borja (Präsident der Zentralbank!) und Gustavo Baoja (Präfekt der Provinz Pichincha).

Unterrepräsentiert ist die Provinz Guayas, was wohl dem Fakt geschuldet ist, dass es dort – mit Ausnahme des vom Präsidenten ernannten Gouverneurs – keine AP-Mitglieder in hochrangigen Ämtern gibt. Verärgert zeigten sich auch die Delegierten der Provinzen Los Rios, El Oro und Galápagos, die keinen Repräsentanten ins Präsidium schicken konnten.

Insgesamt muss man festhalten, dass es zu keinen großartigen Konfrontationen zwischen den diversen Flügeln kam. Correa und seine Clique haben die Bewegung fest in der Hand und sitzen fest im Sattel. Man fühlt sich auch offenbar stark genug, um auf alte Verbündete wie Acosta und Larrea sowie im Notfall auch auf die noch-verbündeten Gruppen um Paula Romo oder Fander Falconí verzichten zu können.

## **Volkes Stimme soll's richten II.**

Die ecuadorianische Verfassung sieht die Möglichkeit von Abberufungsreferenden für politische Mandatsträger vor. Davon waren in den letzten Monaten nicht nur knapp 120 Bürgermeister bedroht, sondern auch Staatspräsident Rafael Correa.

„Revocatorias“ heißen die in der Verfassung von 2008 neu geschaffenen Abberufungsreferenden. Mit dem Ablauf des ersten Amtsjahres und vor Ende des vorletzten Amtsjahres können gewählte ecuadorianische Mandatsträger, wie z.B. Bürgermeister, Präfekten oder auch der Staatspräsident selbst, per Referendum von ihrem Amt vorzeitig entbunden werden. Ende 2010 lagen bei der zentralen Wahlbehörde knapp 120 Anträge zur Einberufung eines Referendums vor. Die grosse Mehrzahl der Anträge war gegen Bürgermeister und lokale Mandatsträger gerichtet. Allerdings gab die Wahlbehörde bisher nur einem Bruchteil dieser Anträge statt. Viele Mandatsträger hatten sich darüber beschwert, dass die Möglichkeit zur „Revocatoria“ mehr für politische Vendettas als für ernsthafte politische Auseinandersetzungen genutzt werden sollte. Offensichtlich sah die Wahlbehörde das ähnlich.

Noch anhängig ist aber ein viel bedeutsamerer Antrag: Der ehemalige Journalist und Fernsehmoderator Carlos Vera, der Präsident Correa in herzlichster Feindschaft verbunden ist, hat publikumswirksam zu einem Abberufungsplebiszit gegen Rafael Correa aufgerufen. Mit den Worten, es sei Zeit, den „Tyrannen zu stürzen“ versuchte Vera, sich in die erste Reihe der ecuadorianischen Oppositionspolitiker zu katapultieren.

Um ein Referendum über den Verbleib Correas im Amt durchsetzen zu können, hat die Verfassung hohe Hürden aufgebaut: Für ein Abberufungsverfahren braucht man zunächst die Unterschriften von 15 Prozent aller Wahlberechtigten. Dann erfolgt ein Plebiszit über den Verbleib des Präsidenten im Amt. Für eine Absetzung werden 50 Prozent + eine Stimme aller Wahlberechtigten benötigt. Für den Fall eines Erfolgs übernimmt unmittelbar der Vizepräsident die Amtsgeschäfte und führt die laufende Legislaturperiode normal zu Ende.

Die Erfolgsaussichten, Rafael Correa auf diesem Weg aus dem Präsidentenpalast Carandolet zu jagen, sind mindestens zweifelhaft. Zunächst einmal muss es Vera gelingen, die nötigen gültigen Stimmen für die Beantragung eines Referendums zusammenzutragen. 15 Prozent der wahlberechtigten Ecuadorianer entsprechen nach Angaben der Wahlbehörde 1.579.464 Unterschriften. Zur Sammlung der Unterschriften, die danach ausnahmslos von der Wahlbehörde überprüft werden, hat Vera sechs Monate Zeit, genauer gesagt bis zum 20. Februar 2011.

Nach eigenen Angaben haben Vera und seine Helfer zu Beginn des Jahres 2011 bereits 1,2 Millionen Unterschriften gesammelt. Die meisten davon, etwas mehr als eine halbe Million, in der Oppositionshochburg Guayaquil, der größten Stadt des Landes. In der Hauptstadt Quito seien es bisher 300.000. Vera hat aber bereits erklärt, bis Februar zwei Millionen Unterschriften sammeln zu wollen, um damit etwaigen Betrugsversuchen der Correa-hörigen Wahlbehörde und unvermeidlichen Fehlern beim Sammeln der Unterschriften vorbeugen zu können.

Die Wahlbehörde ist in der Tat nicht wirklich unabhängig, sondern überwiegend mit Personal besetzt, welches Correas „Bürgerrevolution“ nahesteht. Falls es Veras Mannschaft gelingen sollte, genügend Unterschriften zu sammeln (und selber ebenfalls nicht versucht zu fälschen), dann würde es in der Tat spannend. Correa könnte seinen Einfluss in der Wahlbehörde nutzen, um ein Plebiszit abzuwenden, falls es ihm gerade nicht in den Kram passt. Und das

wäre der Fall, wenn die Umfragen und die politische Stimmung im Land einmal nicht zu seinen Gunsten ausfielen. Wird dem Plebiszit stattgegeben, dann kann man davon ausgehen, dass Correa davon überzeugt ist, dieses „Heimspiel“ zu gewinnen.

Und genau das ist auch der grösste Fehler in Veras Strategie: Vera glaubt, es gäbe eine Mehrheit gegen Correa. Das ist aber ein Trugschluss – und es ist zumindest mittelfristig auch keine Mehrheit gegen ihn in Sicht. Carlos Vera macht sich selbst und seinen Anhängern Mut mit den Zahlen der letzten Präsidentenwahl 2009: Addiert man die Wählerstimmen aller damaligen Gegenkandidaten sowie die Stimmen derer, die nicht zur Wahl gegangen sind oder sich enthalten haben, dann hat Correa bei den Wahlen tatsächlich nicht die Mehrheit aller wahlberechtigten Ecuadorianer hinter sich gehabt.

Das ist rechnerisch richtig, eine Milchmädchenrechnung bleibt es trotzdem. Die Frage ist, ob Vera das auch Weiß.

Denn leider wird viel mehr umgekehrt ein Schuh aus dieser Kalkulation: Um Correa abzurufen, braucht Vera die vereinigten Stimmen aller damaligen Gegenkandidaten, der Nichtwähler und derjenigen, die ungültig gewählt oder sich enthalten haben. Falls sich die politische Stimmung im Land nicht tiefgreifend und dauerhaft ändert, wird der Versuch, Correa auf diesem Weg zu stürzen, mit ziemlicher Sicherheit scheitern.

Selbst für den unwahrscheinlichen Fall eines erfolgreichen Abberufungsreferendums bleibt die Gretchenfrage des Landes ungelöst: Was ist die Alternative zu Correa? Vera spekuliert darauf, dass diese Frage zunächst einmal gar nicht beantwortet werden müsste, weil ja verfassungsgemäß zunächst Correas Stellvertreter Lenín Moreno als neuer Präsident die Legislaturperiode zu Ende führen würde.

Zurzeit lautet die einfache Antwort nämlich: Es gibt keine Alternative. Und auch die Position der anderen „Oppositionsführer“ im Land ist – mal wieder – bezeichnend. Die meisten erklären weise und staatstragend, dass Veras Weg eigentlich der Falsche sei, und man zunächst einmal daran arbeiten müsse, einen seriösen Gegenvorschlag zu Correas „Bürgerrevolution“ auf den Tisch zu legen. Doch für den Fall, dass es zu einem Referendum komme, sei es natürlich ihre patriotische Pflicht, gegen Correa zu stimmen.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ  
AUTOR: HENNING SENGER, PROJEKTLEITER ECUADOR  
LAZARETTSTR. 33 – 80636 MÜNCHEN –  
TEL.: +49 (0)89 1258-0 – FAX.: +49 (0)89 1258-359  
E-MAIL: [GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE](mailto:GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE) – HOME PAGE: [WWW.HSS.DE](http://WWW.HSS.DE)  
ERSTELLT ANFANG JANUAR 2011